



8 Staaten und 49 Regionen

mit 77 Millionen Einwohnern im Alpenbogen haben sich in der EUSALP zusammengeschlossen, um Lösungen für gemeinsame Herausforderungen zu finden. EUSALP setzt auf nachhaltige Netzwerke in Mobilität, Transport, in der Kommunikation sowie im Bereich Energie.

„Es geht vor allem darum, krisenunabhängig und flexibel auf den konkreten Bedarf des Wohnbauinstituts reagieren zu können. Dies ist nun möglich.“

Landesrätin Waltraud Deeg

TRAUER UM

Martin Strimitzer



INNSBRUCK (hw). Zeit lebens hat er sich um ganz Tirol nördlich und südlich des Brenners hervorragende Verdienste erworben: Am 10. Dezember ist Prof. Martin Strimitzer (Bild) im Alter von 93 Jahren in Götzens in Nordtirol gestorben. Der gebürtige Kärntner war einst Präsident des Bundesrates, Hofrat der Bundesfinanzverwaltung i.R. und Ehrenvorsitzender der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst Tirol. Strimitzer war überzeugter Tiroler und leidenschaftlicher Österreicher. Er vertrat die Tiroler Volkspartei von 1982 bis 1992 im österreichischen Bundesrat, im ersten Halbjahr 1990 als dessen Präsident. Er durfte sich über diverse Ehrungen freuen, wie über die Verleihung des Berufstitels „Professor“, über das Ehrenzeichen des Landes Tirol und das Große Ehrenzeichen mit Stern der Republik Österreich sowie über die Berufung zum Mitglied der Päpstlichen Akademie für Sozialwissenschaft in Rom. Strimitzer fand in Götzens seine letzte Ruhe.

Neu: Nummer für Postschalter am Handy ziehen

BOZEN. Die italienische Post bietet einen neuen Service: die App „Ufficio postale“. Erhältlich ist sie in den Hauptpostämtern von Bozen und Meran. Mit dieser App kann man direkt auf dem Handy eine Nummer ziehen und wird rechtzeitig benachrichtigt, wenn es Zeit ist, ins Postamt zu gehen. Derzeit gilt der Service für die Hauptpostämter in Meran und Bozen sowie in Bozen für die Postämter am Hadriansplatz und in der Sorrentstraße sowie für Brixen. Die Handhabung der App, so verspricht die italienische Post in einer Aussendung, sei einfach.

Für Schutz von Klima und Bergen

EUSALP: Südtirol und Trentino übernehmen Vorsitz von Frankreich – Kompatscher kündigt inhaltliche Schwerpunkte der Präsidentschaft an

BOZEN/TRIENT/NIZZA (LPA). Mit dem neuen Jahr übernehmen Südtirol und das Trentino von Frankreich den Vorsitz für die Eusalp. 2022 stehen der Schutz von Klima und Bergen im Fokus, kündigte Landeshauptmann Arno Kompatscher bei der Abschlussveranstaltung in Nizza für die kommende Präsidentschaft an.

Im Kalenderjahr 2022 werden die beiden Länder Südtirol und Trentino in Vertretung Italiens die Präsidentschaft der Europäischen Alpen (Eusalp) innehaben. Die symbolische Übernahme der Präsidentschaft vom derzeitigen Vorsitzland Frankreich erfolgt in 2 Schritten. Der erste ist mit der Abschlussveranstaltung der französischen Präsidentschaft in Nizza (vorgestern und gestern) bereits getan – coronabedingt war sie weitgehend als Videokonferenz abgehalten worden. Ihr folgt am 26. Jänner mit der offiziellen Auftaktveranstaltung der Länder Südtirol und



Aus Bozen zugeschaltet: Landeshauptmann Arno Kompatscher bei der Abschlussveranstaltung der französischen Eusalp-Präsidentschaft in Nizza.

Trentino in Bozen dann der zweite Schritt.

Zum Höhepunkt der Abschlussveranstaltung haben sich gestern neben Mitgliedern der französischen Regierung auch die EU-Kommissarin für Kohäsion und Reformen, Elisa Ferreira, sowie die italienische Ministerin für Südtirol und territorialen

Zusammenhalt, Mara Carfagna, zugeschaltet. Südtirol war durch Landeshauptmann Arno Kompatscher, das Trentino durch Bildungs- und Kulturlandesrat Mirko Bisesti vertreten. In seinem Redebeitrag erinnerte Landeshauptmann Kompatscher daran, dass die Länder Südtirol und Trentino sich zwar kurzfristig,

aber sehr gerne bereit erklärt hatten, den Vorsitz der Generalversammlung, dem politischen Steuerungsgremium der Eusalp, zu übernehmen. Im Brennpunkt der Präsidentschaft werde der Schutz des Klimas und der Schutz der Bergwelt stehen, sagte Kompatscher: „Die globale Klimakrise ist nicht nur die

wichtigste Herausforderung dieses Jahrhunderts, sie wird in besonderem Maße die sensiblen Bergregionen treffen.“ Umwelt- und Energiemaßnahmen seien daher besonders gefragt. Als weitere Schwerpunkte nannte Kompatscher unter anderem den grenzüberschreitenden Verkehr und den Tourismus.

Gefragt sei bei all diesen Themen eine Zusammenarbeit zwischen den Ländern, um Ungleichheiten zu verringern, sagte der Landeshauptmann und verwies auf die „lange Tradition der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, auf die Südtirol und das Trentino zurückblicken können“. Eine besondere Rolle spiele darin auch die Euregio Tirol-Südtirol-Trentino, die mit dem Vorsitz der Arbeitsgruppe „Verkehr“ stark in die Eusalp eingebunden sei. Kompatscher sprach auch die Einladung zur Auftaktveranstaltung am 26. Jänner in Bozen aus, die im Rahmen der Klimahouse-Messe direkt in der Messe Bozen abgehalten wird und an der Reinhold Messner als Gastreferent Impulse für die Bergregionen einbringen wird.

126 Mio. €-Darlehen fürs WoBi

SOZIALES: Vereinbarung mit der EIB – Geld für Neubauten und Sanierungen

BOZEN. Das Wohnbauinstitut kann mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Investitionsbank (EIB) den Bau von Niedrigenergiehäusern und die Sanierung des Baubestandes in Südtirol weiterführen. Dafür sorgt ein entsprechendes Darlehen.

Wohnbaulandesrätin Waltraud Deeg begrüßt die Unterzeichnung des Darlehensvertrages: „Im Wohnbauinstitut stehen wichtige Investitionen an, die sich positiv auf die Lebens- und Wohnqualität der Mieterinnen und Mieter auswirken. Es ist darum wichtig, dass diese Investitionen zeitnah und mit einer sicheren Finanzierungsbasis angegangen werden können.“ Die Landesregierung hatte darum Anfang des Jahres auf Vorschlag von Landesrätin Deeg dieser neuen Finanzierungsweise zugestimmt. „Es geht vor allem darum, krisen-



Das WoBi hat nun Geld für Neubauten und Sanierungen.

unabhängig und flexibel auf den konkreten Bedarf des Wohnbauinstituts reagieren zu können. Dies ist nun möglich“, betont die Landesrätin. Das Projekt sieht den Bau von 280 neuen Sozialwohnungen und die energeti-

sche Sanierung von etwa 5000 Wohnungen bis 2025 vor. Die Investitionen werden eine Energieeinsparung von 40 Prozent im Vergleich zum Verbrauch der bestehenden Wohngebäude bringen. Vorrangiges Ziel ist die Bereitstellung für einen angemessenen Wohnraum für die Bedürfnisse von Familien. Die Präsidentin des Wohnbauinstitutes, Francesca Tosolini, zeigt sich zufrieden: Die Modernisierung des Gebäudebestands sei heute wichtiger denn je, da Zustand und Nachhaltigkeit für eine hohe Wohnqualität unerlässlich seien. Die Initiative ist die erste Operation der EIB in Italien, die direkt einer öffentlichen Einrichtung zugute kommt, die Sozialwohnungen verwaltet. Sie wird während der Durchführungsphase rund 1600 Arbeitsplätze schaffen.

Klimaforschung mit Eurac-Beteiligung förderfähig

DFG: Projekt als „exzellent“ begutachtet

BOZEN (LPA). Um die Empfindlichkeit der hochalpinen Geosysteme gegenüber dem Klimawandel seit 1850 geht es in einem Forschungsvorhaben einer internationalen Forschungsgruppe, an der neben Partnern in Deutschland, Österreich und der Schweiz auch Eurac Research beteiligt ist. Der Senat und Hauptausschuss der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) hat das Projekt kürzlich als exzellent begutachtet und zur Förderung vorgeschlagen. Die einzelnen Länderteile können nun von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, dem Österreichischen Wissenschaftsfond (FWF), dem Schweizerischen Nationalfond (SNF) und, was die Eurac betrifft, dem Land Südtirol gefördert werden.

Möglich wird die Förderung durch das Land dank der 2020 mit der DFG eingegangene Partnerschaft. Auf deren Grundlage können Südtiroler Forschungseinrichtungen zusammen mit Partnern in Deutschland Projektanträge bei der DFG einreichen. Im Falle einer positiven Begutachtung des Projektantrags übernimmt das Land Südtirol die Förderung des Südtiroler Projektanteils, während die DFG den bundesdeutschen Projektanteil fördert.

Der „Südtiroler“ Projektteil unter der Leitung von Erich Tasser an der Eurac bezieht sich auf die kurz- und langfristige Rückkopplung zwischen Vegetation, morphodynamischen Prozessen und Klimaerwärmung.

BLICK INS BUNDESLAND TIROL

Die Debatte über das Landesbudget ist von Corona geprägt

Im Landtag in Innsbruck wird seit gestern eigentlich über das Doppelbudget 2022/23 diskutiert. Eigentlich, weil einmal mehr Corona das bestimmende Thema war. Die rund 9 Milliarden Euro, die in den beiden Jahren insgesamt ausgegeben werden sollen, waren beinahe Nebensache. Auf die Stimmung drückten selbstverständlich auch die Drohungen, die gegen etliche Mitglieder der Landesregierung aufgetaucht sind (siehe Bericht auf Seite 13).

Im Jahr 2022 will das Bundesland Tirol 4,5 Milliarden Euro ausgeben und 4,125 Milliarden einnehmen. Im Jahr darauf sollen die Ausgaben 4,49 Milliarden und die Einnahmen 4,144 Milliarden betragen. Coronabedingt müsse man Schulden ma-



von Uwe Schwinghammer

chen. Diese sollen sich pro Kopf bis Ende 2023 auf 1312 Euro belaufen. Ab dem Budget 2024/25 sei es, so Finanzreferent und Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP), sein erklärtes Ziel, wieder ein ausgeglichenes Budget vorzulegen und innerhalb von 10 Jahren die Schulden zu tilgen. Platter: „Wir werden am Ende besser dastehen als manche Bundesländer vor der Krise.“

Die Generalrednerin der ÖVP, Cornelia Hagele, erklärte, dass das Budget an den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen ausgerichtet sei: „Die nachhaltigen Entwicklungsziele sollen ein gutes Leben für alle garantieren. Das Einzigartige an diesen Zielen ist, dass sie sich gegenseitig bedingen. Sie vereinen Soziales und Wirtschaft gepaart mit Ökologie. Sie zielen auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse unserer Generation ab, ohne darauf zu vergessen, dass auch unsere nächsten Generationen noch eine Lebensgrundlage brauchen.“

Landeshauptmann-Stellvertreterin Ingrid Felipe (Grüne), verteidigte das Budget: „Wir versuchen damit, unser Land widerstandsfähiger zu machen.

Dass das nötig ist, lehren uns die derzeitige Gesundheits- und die Klimakrise täglich.“

Die NEOS forderten in ihrem Debattenbeitrag unter anderem, die Parteienförderung abzuschaffen, bekamen aber von allen anderen Fraktionen dafür eine Abfuhr.

Zustimmung zum Budget signalisierte von der Opposition die SPÖ. Es gehe dabei, so Abgeordneter Philip Wohlgemuth, um keinen „Kuschelkurs“, man lege sich nicht mit der ÖVP „ins Bett“, sondern man zeige Verantwortung in schwieriger Zeit.

Nicht zustimmen will hingegen die Liste Fritz. Nicht etwa, weil man unter Umständen so große Einwände habe, sondern weil das Budget intransparent sei. So zählte Abgeordneter



300 Meter um das Landhaus wurden zur Bannmeile. Thomas Boehm / TT

Markus Sint Bereiche aus dem Sozialbudget auf, in denen bei 94 Prozent der Gelder kein kon-

kreter Empfänger stand: „So etwas sollen wir zustimmen? Sicher nicht!“